

Arbeiter  
Angestellte  
Beamte



Arbeiter  
Angestellte  
Beamte

# DAS STEUER- UND GROLLBLATT

[www.dstg-berlin.de/grollblatt](http://www.dstg-berlin.de/grollblatt)

## Programm "BpA-Euro" sorgt für Unmut bei den Betriebsprüfern

**Vor einigen Wochen spielte die Senatsverwaltung für Finanzen neue Versionen von BpA-Euro und BpA-Bericht auf die Notebooks der Betriebsprüferinnen und Betriebsprüfer. Für die Bearbeitung in der Bp öffnen die Prüfer in der Regel zeitgleich BpA-Euro („Berechnung“), BpA-Bericht („Vorlage“) und als Textprogramm SUN StarOffice 5.2. Prüferinnen und Prüfer, die einen Bp-Bericht fertigen, müssen nun erfahren, dass liebgewordene „Selbstverständlichkeiten“ verschwunden sind.**

Die Prüferinnen und Prüfer kritisieren, dass im Programm BpA-Bericht die Menüleiste nicht mehr fest installiert ist. Die schwebende Anordnung der Menüleiste auf dem Bildschirm erschwert die zeitgleiche Arbeit mit weiteren notwendigen Programmen. Nunmehr wird durch die Anordnung der Menüleiste die Arbeitsoberfläche der anderen Programme verdeckt. Fortgeschrittene Anwender können zwar diese Menüleiste über weitere Schritte minimieren, die standardisierten Felder zum Vergrößern und Minimieren suchen die Betriebsprüfer vergeblich.

Ferner wird das Bearbeiten beim Wechseln zwischen verschiedenen Programmen unnötig erschwert, da das richtige Bearbeitungsfenster gesucht werden muss. Zusätzlich bemängeln Prüfer auftretende Fehler bei den bewährten Verknüpfungen zwischen BpA-Euro und BpA-Bericht. Das Programm BpA-Bericht läuft auf den Notebooks der Prüfer teilweise instabil. Dadurch werden Verknüpfungen zu BpA-Euro nicht immer erkannt und aktualisiert.

Das letzte Update für das Berechnungsprogramm BpA-Euro ist leider wieder nicht fehlerfrei. Zu den bereits durch die Berater/Betreuer gemeldeten Fehlern ergeben sich zusätzliche Ungereimtheiten, zum Beispiel beim Abrufen von Körperschaftsteuerberechnungen aus Vorversionen. Die Abweichungen lassen sich weder im Einzelnen nachvollziehen, noch erklären. Weiterhin fällt auf, dass insbesondere bei der Ermittlung der Körperschaftsteuer der Rechner unzumutbar lange benötigt, um das Ergebnis anzuzeigen. Dieses lange Antwortverhalten des Programms ist ergonomisch zu kritisieren und führt zu unnötigem und vermeidbarem Stress.

Betriebsprüfer haben außerdem festgestellt, dass das Notebook nach dem BpA-Euro-Update wesentlich langsamer geworden ist. Es bestätigt sich wieder einmal, dass Neuversionen oder Up-

dates nicht unbedingt zur Verbesserung der Arbeitsabläufe in den Finanzämtern beitragen, wenn diese vorher nicht ausreichend für die Bedürfnisse der Anwender und die zu erzielenden Arbeitsergebnisse erprobt wurden.

Die aufgezeigten Beanstandungen verdeutlichen, dass die eingesetzten Notebooks nicht mehr den technischen Anforderungen zur Beherrschung komplexer Programme und Verarbeitung von größeren Datenmengen entsprechen.

Die DSTG Berlin fordert daher den sofortigen Austausch der fünf Jahre alten Notebooks in den Finanzämtern. Nur der Einsatz zeitgemäßer und leistungsstarker Laptops gewährleistet die Effektivität der Außendienste in den Berliner Finanzämtern.

### INHALTSVERZEICHNIS

Programm „BpA-Euro“ sorgt für Unmut bei den Betriebsprüfern .....	61
Kein Versicherungsschutz für Raucher .....	62
Impressum .....	62
Innensenator Dr. Körting lässt Besoldungsrückstände verleugnen .....	63
Technisches Finanzamt Berlin (TFA Berlin): DSTG fordert Personalverstärkung .....	63
dbb fordert 5 Prozent für Bund und Kommunen .....	64
Berliner Abgeordnete genehmigen sich 10 Prozent .....	65
Das EOSS-Notebook - ein Blick in die Zukunft .....	67
DSTG lehnt direkten Steuerabzug bei Renten ab .....	67
DSTG-Service: „Beihilfe“ .....	68

# Kein Versicherungsschutz für Raucher

**An die Deutsche Steuer-Gewerkschaft Berlin sind wiederholt Fragen zum Versicherungsschutz für Raucher gestellt worden. Wie steht es eigentlich mit dem Versicherungsschutz, wenn Beschäftigte zum Rauchen ausgewiesene Rauchbereiche im Gebäude oder im Freien aufsuchen müssen?**

Die Unfallkasse Berlin und die Berufsgenossenschaften informieren und geben Auskunft: Unterbrechungen oder Pausen, zum Beispiel um eine Zigarette zu rauchen, das Mittagessen einzunehmen oder die Toilette zu benutzen, sind dem privaten, unversicherten Bereich zuzurechnen und stehen deshalb grundsätzlich nicht unter dem gesetzlichen Unfallversicherungsschutz. Wenn Regelungen das Rauchen am Arbeitsplatz verbieten oder nur

in bestimmten Bereichen zulassen, besteht Versicherungsschutz lediglich auf dem Weg zwischen Arbeitsplatz und Raucherbereich, jedoch nicht während des Rauchens. Dieser Grundsatz gilt so auch für den Weg zur Kantine (versichert) und den Aufenthalt in der Kantine (unversichert) und für das Aufsuchen der Toilette.

Der Versicherungsschutz besteht nicht generell während der gesamten Dauer

des Aufenthalts in der Dienststelle. Stattdessen kommt es immer darauf an, ob zum Unfallzeitpunkt eine betriebliche Tätigkeit ausgeübt wird. Unterbrechungen oder Pausen, zum Beispiel um eine Zigarette zu rauchen, das Mittagessen einzunehmen oder die Toilette zu benutzen, sind dem privaten, unversicherten Bereich zuzurechnen und stehen deshalb grundsätzlich nicht unter dem gesetzlichen Unfallversicherungsschutz.

## Beihilfe für Leistungen der Heilpraktiker Begrenzung ist nach den Bundesvorschriften rechtswidrig

**Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG 2 C 61.08)-hat mit Urteil vom 12. November 2009 entschieden, dass die Begrenzung der beihilfefähigen Aufwendungen für Leistungen von Heilpraktikern auf einen Mindestsatz bzw. Schwellenwert des Gebührenrahmens der Gebührenordnung für Ärzte rechtswidrig ist. Damit reagiert das Gericht auf veraltete Gebührenansätze.**

Die Bemessungsgrundlage ist in einer 1985 durchgeführten Umfrage unter den in der Bundesrepublik niedergelassenen Heilpraktikern als untere Grenze des durchschnittlichen Honorarrahmens ermittelt und seitdem nie fortgeschrieben worden.

Diese Beträge entsprechen nicht den realen und angemessenen Gebührenforderungen der Heilpraktiker. Die Be-

grenzung führt bei der Behandlung erkrankter Beamter und ihrer Angehörigen durch Heilpraktiker praktisch zum Beihilfeausschluss. Hierin liegt ein nicht gerechtfertigter Widerspruch zur grundsätzlichen Entscheidung, Beihilfe auch für Heilpraktikerleistungen zu gewähren.

Der Senat hat die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, über die An-

gemessenheit der Aufwendungen für Heilpraktikerleistungen unabhängig vom Mindestsatz erneut zu entscheiden.

Die DSTG Berlin empfiehlt allen Kolleginnen und Kollegen, bei denen die Beihilfestelle die Gebühren des Heilpraktikers nicht in voller Höhe anerkannt worden sind, unter Hinweis auf das BVerwG-Urteil Rechtsmittel einzulegen.

## DSTG- die Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung

### IMPRESSUM

**DSTG DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT - Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung im dbb beamtenbund und tarifunion**

**Herausgeber:** Landesleitung der DEUTSCHEN STEUER-GEWERKSCHAFT - LANDESVERBAND BERLIN, Motzstraße 32, 10777 Berlin (Tempelhof-Schöneberg)  
Öffnungszeiten der Landesgeschäftsstelle: Mo: 9:00 - 18:00 Uhr Di - Do: 9:00 - 14:00 Uhr  
Telefon: 030 21473040 Telefax: 030 21473041 E-Mail: info@dstg-berlin.de Internet: www.dstg-berlin.de

**Verantwortlich für den Inhalt:** Jürgen Köchlin

**Redaktion:** Detlef Dames, Rolf Herrmann, Jürgen Köchlin, Mario Moeller, Bernd Raue, Frank Schröder, Henrik Vathke  
Redaktions-/Anzeigenschluss ist jeweils der 10. des Monats. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stimmen nicht immer mit der Ansicht der Redaktion überein. Bei Leserbriefen, e-mail und Faxen behält sich die Redaktion Kürzungen und redaktionelle Änderungen vor.  
© 2009 Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, Vervielfältigung oder Verbreitung nur nach Genehmigung mit Quellenangabe.

**Fotos:** DSTG Berlin Archiv, DSTG-Bundesleitung

**Anzeigenverwaltung:** Götz Lemke

**Kontoverbindung:** Commerzbank AG Berlin, BLZ 100 400 00, Konto-Nr. 03 88 200 800

**Gestaltung/Layout:** Jürgen Köchlin

**Druck:** DRUCKEREI WICHMANN - Offsetdruck - Buchbinderei, Askanierring 155-156, 13585 Berlin (Spandau)  
Telefon: 030 3752030 u. 030 3752832 Telefax: 030 3755226 E-Mail: druckerei.wichmann@t-online.de

**Auflage:** 8.100 Exemplare - kostenlose Verteilung an die Beschäftigten der Berliner Finanzverwaltung 57. Jahrgang Ausgabe Nr. 10/2009

# Innensenator Dr. Körting lässt Besoldungsrückstände verleugnen

**In einem Informationsschreiben an die Landesbeamtinnen und -beamten der Senatsverwaltung für Inneres und Sport hat Innensenator Dr. Körting die bestehenden Besoldungsrückstände mit einem Pseudovorschlag über eine Besoldungsanpassung verleugnet.**

Das in Dienststellen der Berliner Verwaltung an alle Beamtinnen und Beamten zur Verteilung gebrachte Informationsschreiben der Senatsverwaltung für Inneres und Sport enthält Ausführungen über mögliche Änderungen der Beamtenbesoldung nach dem Wegfall des Anwendungs-TV bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Ende 2009.

Darin wird der vom dbb berlin im Jahre 2003 durchgesetzte Prüfauftrag für den Senat erwähnt, der die Verpflichtung enthält, zum Ende des Solidarpaktes 2003 die erhebliche reduzierten Sonderzahlungen („Weihnachtsgeld“) wieder auf das Zahlungsniveau des Jahres 2003 anzuheben.

Dieser eindeutige Prüfauftrag wird vereinbarungswidrig durch einen aktuellen Bezug zu der Höhe der Sonderzahlungen in den anderen Bundesländern und

beim Bund und im Zusammenhang mit den Ergebnissen der laufenden Tarifverhandlungen inhaltlich ergänzt.

Diese Verlautbarungen entsprechen nicht den Verabredungen im Solidarpakt 2003 mit dem Regierenden Bürgermeister für die Beamtinnen und Beamten und sind mit dem dbb berlin nicht erörtert worden.

Der dbb berlin weist diese inhaltlichen Festlegungen zur Verhinderung von Besoldungsanpassungen ab 1. Januar 2010 zurück. Der dbb berlin fordert wie bei den Tarifverhandlungen den vollständigen Wegfall der Gehaltskürzungen ab 2003.

Der Senator für Inneres wird aufgefordert, sich von den negativen Einstellungen des Regierenden Bürgermeisters gegenüber den Beamtinnen und Beamten zu lösen und endlich die vom dbb berlin

angeregten Verhandlungen über eine Verbesserung der Beamtenbesoldung zu führen. Der dbb berlin fordert erneut die sofortige Aufnahme von Verhandlungen, um auch über einen Ausgleich der seit 1. September 2004 nicht vorgenommenen Besoldungsanpassungen verhandeln zu können.

Dies ist auch deshalb dringend erforderlich, da durch die Begründungen zur Erhöhung der Diäten der Abgeordneten der Nachholbedarf seit 2004 bei der Beamtenbesoldung bestätigt worden ist. Der Landesvorsitzende des dbb berlin, Joachim Jetschmann, erklärte wörtlich: „Was für Abgeordnete, die sich auf das Auslaufen des Solidarpaktes 2003 für den öffentlichen Dienst berufen gilt, muss nun auch für die Beamtinnen und Beamten gelten. Der dbb berlin erwartet daher endlich Initiativen der Fraktionen des Abgeordnetenhauses zur Verbesserung der Beamtenbesoldung!“

## Technisches Finanzamt Berlin (TFA Berlin): DSTG fordert Personalverstärkung

**Das TFA Berlin ist seit der EOSS-Einführung täglicher Begleiter der gesamten Berliner Steuerverwaltung.**

Im Internet wird die Zuständigkeit wie folgt angegeben:

- Rechenzentrum gem. § 2 Abs. 2 Finanzverwaltungsgesetz der Landesfinanzverwaltung (Datenverarbeitung, Service, Entwicklung) für das jeweils zuständige Finanzamt,
- Zentraler Service-Desk für die Finanzämter und die Senatsverwaltung für Finanzen,
- Entwicklungs- bzw. Programmierarbeiten im Rahmen der Zuständigkeiten in den EOSS- und KONSENS-Verbänden der Bundesländer;
- Zentrale Scannerstelle für Steuererklärungen, Steueranmeldungen und Belegen
- Zentralstelle Elster-Online (für das Land Berlin)
- Zentrale Stelle für Aufgaben im Rahmen der Verwaltung der Arbeitnehmersparzulage und Wohnungsbauprämie

Diese Vielzahl der Aufgaben lässt sich nach den leidvollen Erfahrungen vieler Kolleginnen und Kollegen nicht reibungslos und zeitnah bewältigen. An dieser Stelle darf nicht unerwähnt bleiben, dass der Personalbedarf des TFA nicht im Rahmen einer standardisierten PersBB errechnet wird.

Sicher ist, dass die Kolleginnen und Kollegen des TFA ihre Möglichkeiten voll ausschöpfen. Die Arbeitsbedingungen in den Finanzämtern könnten jedoch durch eine optimalere EDV-Betreuung wesentlich verbessert werden. Dies würde nicht nur zum Stressabbau, höherer Gesundheitsrate und höherer Arbeitszufriedenheit, sondern auch zu einem besseren Image der Finanzverwaltung als Dienstleister führen.

Bemerkenswert ist auch, dass seit der EOSS-Einführung die Außen- und Prüfungsdienste ein Schattendasein führen. Für eine ordentliche und fehlerfreie Versorgung mit aktueller Software feh-

len dem TFA die Personalressourcen.

Leider bewahrheitet sich die Kritik der DSTG am viel zu schnellen Umstieg auf EOSS vor zwei Jahren.

Die Senatsverwaltung für Finanzen hat in der Vergangenheit wiederholt externe Berater und Fachleute (z.B. EOSS-Entwicklung) herangezogen. Vielleicht könnten diese Fachleute die Senatsverwaltung für Finanzen und somit auch das TFA Berlin davon überzeugen, dass EOSS und KONSENS nicht unbedingt zu einer höheren Effektivität in der Berliner Steuerverwaltung führen.

Die DSTG Berlin fordert im Interesse der Anwender in den Berliner Finanzämtern eine schnellstmögliche Nachbesserung bei EOSS und zugleich eine Personalverstärkung beim TFA, um die IT-Probleme der Berliner Finanzämter praxisgerecht und schneller beheben zu können.

# Einkommensrunde 2010: dbb fordert 5 Prozent für Bund und Kommunen

Der dbb beamtenbund und tarifunion geht mit einem Forderungspaket im Gesamtvolumen von 5 Prozent in die Einkommensrunde 2010 für die knapp zwei Millionen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen. Das beschloss die Bundestarifkommission und Bundesvorstand im Dezember 2009 in Berlin. Neben einer spürbaren linearen Gehaltsverbesserung, die die Teilhabe der Beschäftigten an der allgemeinen Einkommensentwicklung sicherstellen soll, beinhaltet die dbb-Forderung verschiedene qualitative Komponenten wie die Verbesserung von Aufstiegen, Höhergruppierungen und Beförderungsmöglichkeiten, die Fortführung der Altersteilzeitmodelle, die Übernahme der Auszubildenden und Anwärter sowie strukturelle Verbesserungen in den Bereichen Nahverkehr, Versorgung und Krankenhäuser.

„Wir sind angesichts der öffentlichen Haushaltslage realistisch, aber nicht kleinmütig, sondern ob unserer Leistungen selbstbewusst“, betonte der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen. „Der öffentliche Dienst steht als Eckpfeiler für Bildung, Sicherheit und Daseinsvorsorge ebenso wie als Standortfaktor für die Wirtschaft vor großen Herausforderungen. Seine Leistungsfähigkeit muss hierfür erhalten und ausgebaut werden. Ohne qualifiziertes und motiviertes Personal ist das nicht möglich – das gilt für Arbeitneh-

mer und Beamte gleichermaßen.“ Der dbb erwarte daher schon heute die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich des Bundes, stellte Heesen klar.

„Auf rund fünf Prozent beläuft sich der Einkommensrückstand des öffentlichen Dienstes gegenüber der Privatwirtschaft mittlerweile“, erklärte Frank Stöhr, der den dbb als 1. Vorsitzender der dbb tarifunion und Verhandlungsführer bei den im Januar 2010 in Potsdam beginnenden Tarifverhandlungen

vertreten wird. „Eine spürbare lineare Verbesserung ist notwendig. Einerseits, um die Motivation der Beschäftigten zu stärken und den öffentlichen Dienst fit zu machen für den Wettlauf mit der Privatwirtschaft um die besten Köpfe, denn es kommt jetzt auch auf die Nachwuchsgewinnung an. Andererseits, um in Zeiten schwachen Wirtschaftswachstums die Binnenkonjunktur zu stärken“, so Stöhr, „es geht hier nicht zuletzt auch um die Kaufkraft von zwei Millionen Menschen.“

Anzeige

„psd...weiterragen!“

## PSD Bank Berlin-Brandenburg eG

Ihre Bank  
in Berlin



Die PSD Bank ist eine beratende Direktbank für Privatkunden in Berlin und Brandenburg. Vor mehr als 135 Jahren gegründet, hat sie heute über 82.000 zufriedene Kunden.

### Beste Konditionen – und fair

Unsere Mitglieder und Kunden fördern wir mit bestmöglichen Konditionen, individuellem Service und persönlicher Beratung. Und: Unsere guten Konditionen gelten für alle! Wo andere mit Lockangeboten versuchen, „frisches“ Geld ins Haus zu holen, bieten wir allen unseren Kunden gleich gute Bedingungen.

Unsere guten Leistungen sind dauerhaft: So wurde unser

### PSD GiroDirekt –

das Gehaltskonto, das mitverdient.

Zinsen ab dem ersten Cent, kostenlose Kontoführung mit BankCard und PSD MasterCard.

An über 18.200 Geldautomaten kostenlose Bargeldverfügungen. Und dazu der äußerst günstige PSD DispoKredit.



PSD GiroDirekt 2007 im 3. Jahr in Folge einer der Testsieger der Stiftung

Warentest. Auch unsere Angebote für Geldanlagen und Kredite finden Sie in Produktvergleichen oft an der Spitze.

### Wir beraten persönlich

Wir sind für Sie per Telefon erreichbar – an sieben Tagen in der Woche. Auch online, per Fax oder Post und in unserem Beratungszentrum stehen wir Ihnen zur Verfügung. Auf Wunsch besuchen Sie unsere Finanzberater auch gern zu Haus. Mit 14 weiteren selbstständigen PSD Banken gehören wir dem Bundesverband der Volks- und Raiffeisenbanken (BVR) an und sind Mitglied im Einlagensicherungsfonds des BVR.

Weitere Informationen und tagesaktuelle Konditionen erhalten Sie unter [www.psd-berlin-brandenburg.de](http://www.psd-berlin-brandenburg.de)

Oder rufen Sie uns an, wir beraten Sie gern:  
Telefon (030) 850 82-550

**PSD Bank Berlin-Brandenburg eG**  
Handjerystraße 34-36  
12159 Berlin (Friedenau)

M48, M85, 186, 246  
U9 Friedrich-Wilhelm-Platz  
S1 Friedenau

GEMEINSAM ZIELE ERREICHEN



# Berliner Abgeordnete genehmigen sich 10 Prozent

**Während die rund 55.000 Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst des Landes Berlin seit 2003 bei verkürzter Arbeitszeit auf durchschnittlich 10 Prozent ihres Einkommens verzichten müssen, haben sich die Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses ihre Diäten zum 1. Januar 2010 um 282,- Euro, fast 10 Prozent, erhöht. Im Januar 2010 haben sich so die Berliner Abgeordneten die Diäten selbst erhöht auf 3233 Euro. Ab dem Jahr 2011 erhöhen sich die Bezüge im selben Maß wie die der Bezirksstadträte, danach jedes Jahr entsprechend der allgemeinen Einkommensentwicklung. Das gilt auch für die steuerfreie monatliche Kostenpauschale: Sie steigt 2010 um 10 Euro auf 955 Euro und dann jährlich.**

Die Erhöhung ihrer Diäten fand bei den Berliner Abgeordneten breite Zustimmung.

Die Berliner Abgeordneten begründen ihre fast 10-prozentige Erhöhung damit, dass durch das Auslaufen der Absenkungsregelungen des Berliner Anwendungstarifvertrags zum Jahresende die Landesbeschäftigten schließlich

auch wieder mehr Geld erhielten.

Nicht erwähnt wird bei dieser Argumentation jedoch, dass auch die Arbeitszeit der Landesbeschäftigten wieder heraufgesetzt wird. Außerdem ist das Einkommensniveau im Berliner öffentlichen Dienst inzwischen fast 6 Prozent niedriger als in anderen

Bundesländern. Die Diäten der Berliner Abgeordneten liegen dagegen schon jetzt über denen in anderen Stadtstaaten mit Teilzeitparlamenten.

Die unabhängige Diätenkommission hatte hingegen im Oktober 2009 eine Anhebung um 1,8 Prozent vorgeschlagen – ohne Ost/West-Differenzierung.

**DTG- die Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung**

## Diäten der Brandenburger Abgeordneten werden neu geregelt

**Brandenburgs Landtagsabgeordnete sollen künftig 1 500 Euro erhalten, um sich selbst für ihre Altersversorgung versichern zu können. Diesen Vorschlag zur Neuordnung der Abgeordnetenbezüge legte Anfang Dezember 2009 eine unabhängige Kommission vor. Die Grund-Diät soll auf 5.900 Euro steigen, dafür aber bisherige steuerfreie Pauschalen für Aufwandsentschädigungen gestrichen werden. Zur Zeit beträgt die Grunddiät 4.500 Euro.**

Künftig soll die Altersversorgung nicht mehr den Landeshaushalt belasten. Die Abgeordneten erhalten 1 500 Euro monatlich, mit deren Hilfe sie sich versichern sollen. Bisherige Regelungen für Hinterbliebenenzahlungen entfallen damit.

Der enorme Sprung innerhalb der Grund-Diät erklärt sich damit, dass eine Reihe von weiteren jetzigen Vergünstigungen wegfallen. So erhalten die Abgeordneten jetzt pauschal und steuerfrei 612,37 Euro für den Unterhalt von Wahlkreisbüros (ohne Mietkosten, die übernimmt der Landtag). Diese Pauschale entfällt ebenso wie eine Pauschale von 243 Euro für die Aufwendungen am Parlaments-

sitz. Künftig müssen die Abgeordneten ihre gefahrenen Kilometer abrechnen und erhalten maximal 1.200 Euro erstattet. Bislang erhielten Potsdamer Abgeordnete eine Pauschale von monatlich 169 Euro sowie für Fahrten zwischen Heimatort und Potsdam von monatlich 169 Euro.

Gestrichen werden sollen auch die monatlichen Repräsentationszulagen für den Präsidenten und Vizepräsidenten in Höhe von 568 beziehungsweise 284 Euro. Bislang erhielten Fraktionschefs und Präsident eine doppelte Diät, künftig nur 85 Prozent davon. Gekürzt wird auch das Übergangsgeld nach dem Ausscheiden. Statt wie bisher die

volle Entschädigung bis zu zwei Jahre gezahlt zu bekommen wird der Zeitraum auf maximal 18 Monate gesenkt und nur 80 Prozent der Bezüge gezahlt.

Wie bisher sollen die jährlichen Anpassungen der Abgeordnetenbezüge sich aus der Einkommensentwicklung der Brandenburger berechnen. Künftig jedoch werden in diese Statistik auch die Einkommensentwicklungen bei Sozialhilfeempfängern und Rentnern eingerechnet.

Noch unklar ist, wie bei einer Umstellung der Rentenversorgung die erworbenen Ansprüche zu berücksichtigen sind.



# Das EOSS-Notebook – ein Blick in die Zukunft

**Im Rahmen der EOSS-Umstellung sollten auch die Berliner Außendienste mit einer entsprechenden Bespielung der Notebooks ausgestattet werden. Wegen bestehender Engpässe im Technischen Finanzamt (TFA Berlin) zur Realisierung der Programmierung ist dies bisher noch nicht erfolgt. Im Rahmen der geplanten Neuanschaffung von Notebooks sollen jedoch die Vorbereitung für eine EOSS-Bespielung getroffen werden. Bisher gibt es zur Anwendung unter EOSS-Bedingungen nur Spekulationen. Die DSTG Berlin hat sich daher bei den Hamburger Kollegen nach Art, Umfang und Erfahrung mit der EOSS-Bespielung sachkundig gemacht.**

Das in Hamburg genutzte Notebook ist verhältnismäßig klein (incl. kleinem Display) und leicht. Es hat keinen Ziffernblock (auch nicht extern!) und besitzt nur eine Garantie von drei Jahren mit Vor-Ort-Service. Für das Arbeiten im Finanzamt steht ein ergonomischer Arbeitsplatz mit Dockingstation, 19 Zoll-Bildschirm und gesonderter PC-Tastatur zur Verfügung. Diese Ausstattung entspricht somit den Anforderungen des HPR Berlin, der ausdrücklich darauf hinweist, dass ein Notebook kein ergonomischer Bildschirmarbeitsplatz ist.

Als Betriebssystem wird Windows XP genutzt. Die Textverarbeitung und Tabellenkalkulation erfolgt mit den Microsoftprodukten Word und Excel. Als Emailprogramm wird MS Outlook verwendet. Jeder Hamburger Kollege hat eine eigene Email-Adresse und eine eigene E-Faxnummer. Das Fax kommt dabei ungefiltert und direkt als Email-Anhang im persönlichen Email-Postfach an.

Die Oberfläche des Hamburger Notebooks entspricht der bekannten UNIFA-Oberfläche mit der bekannten Menüleiste incl. AIS. Das Prüferprogramm „BpAEuro“ findet man als Verknüpfung auf dem Desktop. Es kann problemlos zwischen UNIFA und BpAEuro hin- und hergeklickt werden. Als Steuerrechtsdatenbank werden sowohl „SIS“ als auch „Juris“ genutzt.

Für den Prüfer stehen folgende Laufwerke zur Verfügung: Laufwerk „P“ für persönliche Daten, die nur selbst eingesehen werden können. Dieses Laufwerk

verfügt – wie bei EOSS nur über einen Speicher von 10 MB. Das Laufwerk „AbNr“ ist der eigentliche Bp-Ordner. Hier werden alle Dokumente zum Fall gespeichert und die Stammdaten aus dem Hauptrechner eingelesen und abgespeichert. Für die Anwendung „BpAEuro“, das eine eigene Stammdatenverwaltung enthält, müssen die Stammdaten vom Hauptrechner nochmals gesondert eingelesen und abgespeichert werden. Das Einlesen von Daten (incl. Festsetzungsspeicher) erfolgt im Onlinezugang im Amt und soll reibungslos funktionieren. Für die veranlagende Bp (Auswertung durch den Prüfer) kann jedoch noch keine Zurückspielung der Daten von „BpAEuro“ auf den Hauptrechner erfolgen. Die Auswertung erfolgt daher online unter Eintippen der einzelnen Ergebnisse.

Das Laufwerk „E“ (= 20 GB) enthält die vorgegebenen Formulare. Wenn man diese über den Dokumentenmanager abrufen, werden die im Laufwerk „AbNr“ gespeicherten Stammdaten automatisch eingelesen.

Das Laufwerk „F“ (= 40 GB) steht für Einspielungen von Steuerpflichtigen und für IDEA zur Verfügung. Wer sein E-Fax (tif) abspeichern will, kann dies in diesem Laufwerk tun, da im Dokumentenmanager nur Formate „doc.“, „xls“ oder „pdf“ dargestellt werden können.

Die Festplatte ist mit „Safeguard“ verschlüsselt. Die USB-Ports sind geschlossen. Seit Oktober stehen externe Festplatten (500 GB, davon 100 GB frei und unverschlüsselt) zur Verfügung. Wegen

der geschlossenen USB-Ports ist die Ansteuerung jedoch sehr kompliziert.

Die Hamburger Steuerverwaltung ist direkt von IDEA 4 auf IDEA 7 umgestiegen. Die Kollegen beklagen bei der Version 7 die Darstellung und die Einstellungen. Erfahrungen mit den vielen in Berlin bemängelten Rechenfehlern in der BpAEuro-Version 8 zu den Vorversionen sind dort nicht bekannt, weil Hamburg vorher das bayrische „ABAKUS“ benutzt hatte. BpAEuro wird nach „Umstricken“ auf die Hamburger Verhältnisse von den Programmierern für die Betriebsprüfungsstellen eingespielt. Die Fehlerhotline zu NRW funktioniert schnell und reibungslos. Soweit es sich dann um „hausgemachte“ Fehler handelt, werden diese umgehend von den eigenen Programmierern berichtigt, ansonsten kümmert sich NRW um die Fehlerberichtigung.

Die Hamburger Erfahrungen zeigen, dass – auch wegen der offline zur Verfügung stehenden Daten – eine ausreichend große Speicherkapazität zur Verfügung stehen muss. Die DSTG Berlin fordert daher für eine Neuanschaffung von Prüfernotebooks entsprechende Vorgaben. Hinsichtlich der Probleme mit den IDEA-Versionen fordert die DSTG eine umfangreiche Aufarbeitung und Vorbereitung, damit die Kollegen nicht mit den Problemen alleingelassen werden. Auffallend ist, dass in Hamburg zwei Programmierer beschäftigt werden, die sich nur mit der IT der Betriebsprüfer befassen.

Dies sollte auch in Berlin möglich sein.

## DSTG lehnt direkten Steuerabzug bei Renten ab

**Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG) lehnt einen direkten Steuerabzug bei Renten ab. „Das würde noch komplizierter als es heute ist“, sagte der DSTG-Bundesvorsitzende Dieter Ondracek der „Passauer Neuen Presse“ (Ausgabe vom 4. November 2009) zu entsprechenden Vorschlägen aus der FDP. Nach Auffassung der DSTG wäre dies keine Vereinfachung. Wer mehrere Renten aus verschiedenen Quellen beziehe, müsse dann nachzahlen. Wer tatsächlich nur eine Rente und keine weiteren Einkünfte beziehe, müsse sich weiterhin an das Finanzamt wenden, wenn er Abzüge steuerlich geltend machen kann.**

# DSTG-Mitgliederleistungen . . .

Beispiel

## Serviceleistungen der DSTG

### Informationen, Beratung und Rechtsschutz zum Thema „Beihilfe“

Informationen und Beratung und Rechtsschutz zum Thema „Beihilfe“ erhalten DSTG-Mitglieder beim DSTG-Landesverband Berlin. Interessierte Mitglieder erhalten Auskunft beim DSTG-Landesverband Berlin unter der Telefonnummer: 030 21473040.

**Zeigen Sie sich solidarisch - treten Sie in die Fachgewerkschaft ein!**

**DSTG- die Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung**

Ausgefüllt bitte an die DSTG-Berlin senden:

**Deutsche Steuer-Gewerkschaft  
Landesverband Berlin  
Motzstraße 32**

**FAX: 030 21473041**

**10777 Berlin**

Ja, ich werde Mitglied und erkläre meinen Eintritt in die Deutsche Steuer-Gewerkschaft - LV Berlin - mit Wirkung vom ..... 2009.

Name: ..... Vorname: ..... Geburtsdatum: .....

Anschrift: .....

Telefon privat: ..... E-Mail privat: .....

Dienststelle: ..... Telefon dienstl.: .....

Besoldungsgruppe: A ..... Vergütungsgruppe: BAT/-O ..... teilzeitbeschäftigt: ..... % seit: .....

Steueranwärter/in seit: ..... Finanzanwärter/in seit: .....

Hiermit ermächtige ich - jederzeit widerruflich - die Deutsche Steuer-Gewerkschaft - Landesverband Berlin - die satzungsgemäßen Beiträge vierteljährlich zum 15.02., 15.05. 15.08. und 15.11 jedes Jahres zu Lasten meines Kontos bei(m) .....

Bankleitzahl: ..... Kontonummer: .....

einziehen. Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht keine Verpflichtung zur Einlösung. Dadurch verursachte Mehrkosten gehen zu meinen Lasten. Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit der obigen Angaben.

....., den .....

(Unterschrift)